

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Frau Hillerich und der Fraktion DIE GRÜNEN

Ergänzungsstudium Marktwirtschaft für osteuropäische Zuwanderer/innen deutscher Herkunft

Laut Informationen 7/8-88 des BMBW führt die Otto-Benecke-Stiftung im Auftrag des BMBW für deutsche Zuwanderer/innen aus osteuropäischen Staaten, insbesondere für Juristen/innen, Sozialwissenschaftler/innen und Ökonomen/innen, ein „Ergänzungsstudium Marktwirtschaft“ durch (Dauer ein Jahr). Dabei sollen Wissen und Problemstellungen des „marktwirtschaftlich organisierten Systems und der freiheitlichen Rechts- und Sozialordnung der Bundesrepublik Deutschland“ vermittelt werden, um auf eine Tätigkeit in der „freien Wirtschaft“ vorzubereiten.

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Wie begründet die Bundesregierung diese besondere Maßnahme für akademisch gebildete Zuwanderer/innen deutscher Herkunft im Vergleich zu Maßnahmen für andere Gruppen von Zuwanderern, die nichtdeutscher Herkunft sind, die keinen akademischen Abschluß haben, die Asylverfahren durchlaufen (haben)?

Sind für diese Gruppen ähnliche einjährige Kurse geplant oder zur Unterstützung durch die Bundesregierung vorgesehen?

2. Wie wird in dem o. a. Kurs das System der Marktwirtschaft im Verhältnis zu einer freiheitlichen, demokratischen Rechts- und Sozialordnung behandelt, insbesondere in historischer und politischer Hinsicht?
3. Werden in dem „Ergänzungsstudium Marktwirtschaft“ auch Probleme wie
 - konjunkturelle und strukturelle Arbeitslosigkeit,
 - Umweltzerstörung,
 - Benachteiligung von Frauen,
 - Verschuldung der Entwicklungsländer gegenüber den Industrieländern,
 - internationale Konflikte,

behandelt und deren Ursachen studiert? Welchen curricularen Anteil nimmt gegebenenfalls die Behandlung dieser Probleme am gesamten Studienplan ein?

4. Welche Chancen sieht die Bundesregierung für die Beschäftigung dieser Personengruppe nach Absolvierung des einjährigen Ergänzungskurses, auch im Vergleich zu anderen Gruppen von Zuwanderern, die nichtdeutscher Herkunft sind und keinen akademischen Abschluß haben?

Bonn, den 22. Dezember 1988

Frau Hillerich

Dr. Lippelt (Hannover), Frau Schmidt-Bott, Frau Vennegerts und Fraktion